

Wächter-Stimmen – Teil 23

Quelle: <https://www.youtube.com/watch?v=pnPIrCtOWBE>

7. August 2020 – Oliver Janich interviewt den Ex-Polizisten und Buch-Autor Stefan Schubert

Das System Merkel: Von der SED in die Corona-Diktatur – Teil 3

Oliver Janich:

Wir wollen nun mit dem nächsten Kapitel weitermachen. Es lautet: **„Edward Snowden warnt vor 'Architektur der Unterdrückung'“**.

Stefan Schubert:

Das ist etwas, was in den Mainstream-Medien gar nicht so verbreitet worden ist. Edward_Snowden, wurde ja als der Whistleblower schlechthin gefeiert. Er ist ein ehemaliger Mitarbeiter der National Security Agency (NSA = Auslandsgeheimdienst der Vereinigten Staaten) und wohl einer der intimsten Kenner des Überwachungsapparates. Er weiß Bescheid, was da alles möglich ist und was aktuell alles durchgeführt wird.

Er hat sich zur Corona-Krise aus seinem Exil in Russland gemeldet und explizit davor gewarnt, dass Regierungen dazu neigen, eine Krisensituation ganz bewusst in die Länge zu ziehen, um Notfall-Maßnahmen für den eigenen Macht-Erhalt immer weiter am Laufen zu halten. Wir haben bereits erwähnt, dass zurzeit niemand mehr spricht über:

- Altersarmut
- Soziale Spannungen
- Migrations-Krise
- Klima-Hysterie

Das ist jetzt alles plötzlich weg. Die Regierung muss sich gegenüber ihrem Volk nicht mehr erklären, sondern kann einfach alles als Corona-Macher durchziehen. Edward Snowden hat dazu gesagt:

„Die Regierungen haben zurzeit eine Architektur der Unterdrückung geschaffen.“

So lauten die Worte von Edward Snowden und nicht von irgendeinem „bösen Verschwörungstheoretiker“.

Man sieht, dass die Mainstream-Medien auf seine eindringliche Warnung nicht reagiert haben. Das ganze Interview mit Edward Snowden habe ich in mein Buch

aufgenommen. Man sieht ja genau was er meinte an diesen Notfall-Zwangsmaßnahmen, die von einem so genannten „Corona-Kabinett“ oder bei einer Telefon-Konferenz zwischen Frau Merkel und den Ministerpräsidenten der Bundesländer beschlossen werden. Beides kennt unsere Verfassung in dem Sinne nicht.

Und diese erheblichen Zwangsmaßnahmen, die daraufhin durchgeführt werden, haben auch keine demokratische Legitimation. Dazu findet keine parlamentarische Debatte statt, geschweige denn eine Abstimmung, geschweige denn, dass das Volk da miteinbezogen wird. Ganz im Gegenteil: Wenn einer eine andere Meinung zu Corona hat, wird er verleumdet und diffamiert, wie jetzt dieser Basketball-Profi Joshiko Saibou aus Bonn. Er hatte am 1. August 2020 an der angemeldeten Corona-Demonstration in Berlin teilgenommen und dort seine Meinung gesagt. (Siehe dazu den Artikel vom 7. August 2020: <https://jura-online.de/blog/2020/08/07/basketballprofi-nach-teilnahme-an-corona-demo-fristlos-gekündigt/>) Daraufhin wurde ihm fristlos gekündigt, und er wird jetzt öffentlich in den Dreck gezogen. Das muss man sich mal überlegen!

Und die gleichen Leute sagen: „Jeder, der sagt, dass wir in einem totalitären Staat leben oder wir uns darauf zubewegen, ist ein Spinner und gehört strafrechtlich verfolgt!“ Und das exerzieren sie jeden Tag aufs Neue durch. Das ist natürlich alles in allem eine sehr bedenkliche Entwicklung, die sich da in den letzten Jahren regelrecht aufgebaut hat.

Oliver Janich:

Über diesen Basketballspieler habe ich auch ein Video gemacht. Es ist absolut unglaublich, wie du sagst.

Das führt uns zur nächsten Überschrift: **„Von der SED in die Corona-Diktatur – Das System Merkel“**.

Stefan Schubert:

Ich habe mir einmal für die Recherche zum Buch den Werdegang von Frau Merkel angeschaut. Denn es sind ja doch Parallelen zwischen der Sozialistische_Einheitspartei_Deutschlands (SED)-Diktatur in der DDR und der heutigen Zeit zu sehen. Darauf werden wir beim Thema „Innere Sicherheit“ noch zu sprechen kommen. Laut der manipulierten Statistiken von Herrn Seehofer gibt es ja offiziell gar keine Kriminalität mehr, und wir sind angeblich in Deutschland das sicherste Land aller Zeiten. Die Polizei wird von der Politik instrumentalisiert, nur noch dahin zu gehen, wo sie es für opportun hält. Das sind alles solche Sachen.

In diesem Zusammenhang muss man sich anschauen, wie Frau Merkel zur Politik

gekommen ist. Das hat Hubertus_Knabe sehr gründlich recherchiert. Von 1992 bis 2000 arbeitete Knabe in der Forschungsabteilung des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen (BstU) und hat sich da sehr verdient gemacht. Dort war er auch lange Zeit Mitglied des wissenschaftlichen Begleitgremiums der Stasi-Unterlagen-Behörde. Da fällt einem natürlich auf, dass es im direkten Umfeld von Angela Merkel nur so von Stasi-Informanten gewimmelt hat, also von so genannten „inoffiziellen Mitarbeitern“. Ich habe im Buch aufgeführt, wer das alles ist.

Es gibt auch immer wieder Hinweise oder die Vermutung, dass Angela Merkel die „IM Erika“ war. (Siehe dazu den Artikel vom 9. August 2019 von Hubertus Knabe „IM Erika – Eine Spurensuche“: <https://hubertus-knabe.de/auf-den-spuren-von-im-erika/>). Diese Hinweise gibt es nun einmal und sind in der Welt. Die habe ich mir ebenfalls angeschaut, wie eben auch den genannten Artikel von Hubertus Knabe. Dieser ist auch in meinem Buch enthalten. Alles ist da mit Quellen belegt, so dass man es sich im Nachhinein vergegenwärtigen kann.

Und natürlich muss man schon sehen, wie die Regierungsform von Frau Merkel doch sehr dem DDR-Regime gleicht, weil sie auch sehr viel mit Angst-Einflößung arbeitet.

Viele haben sich im Angesicht der Demonstrationswelle von Berlin an das Jahr 1989 erinnert. Wenn man sich damals die DDR-Propaganda-Medien angeschaut hat, dann wurde im Zusammenhang von den Demonstranten von „Rowdys“ gesprochen und diese Menschen diffamiert und aus dem Verkehr gezogen, um die Demonstrationen möglichst klein zu halten.

Das ist immer die größte Angst der Politik, dass diese Demonstrationen stets größer und größer werden. Und das sehen wir jetzt natürlich auch hier bei uns. Da stellt sich nun die Frage: Wie viel DDR-Sozialismus oder SED-Totalitarismus hat in Frau Merkel gesteckt, da sie ja in der DDR sicher bestens organisiert war und dort Karriere gemacht hat oder wie viel davon steckt immer noch in ihr? Und dem versuche ich in meinem Buch auf den Grund zu gehen.

Oliver Janich:

Da kann ich als Ergänzung zum Thema „IM Erika“ auch mein Buch „Die Vereinigten Staaten von Europa“ empfehlen. Ich gehe darin wahrscheinlich ein bisschen weiter als du. Ich sage natürlich auch nicht, dass das mit „IM Erika“ bewiesen ist.

Ich weiß jetzt nicht, ob du auch darauf eingegangen bist, dass Angela Merkel in den Westen reisen durfte. Denn das war eigentlich NUR bei Leuten der Fall, welche die Stasi-Erklärung und andere Dinge unterschrieben hatten.

Stefan Schubert:

Das habe ich auch alles in meinem Buch angeführt: Ihre Reisen in den Westen, ihre Russland-Reisen, ihr Dienst-Auto und ihr Privatauto, dass sie in Leipzig an einer Universität studieren konnte, die als SED-Universität gilt usw.

Oliver Janich:

Ja, sehr gut. Das ist ein extrem wichtiges Thema. Du hast es ja in Kapitel 2 „**Die Zerstörung der Demokratie**“ unter dem Punkt „**Enthüllt: Die unfassbaren Lügen der Merkel-Regierung**“ angesprochen. Mich wundert es, dass dieser Abschnitt nur drei Seiten hat, weil man allein darüber ein ganzes Buch schreiben könnte.

Stefan Schubert:

Ja, das stimmt. Die Lüge ist jetzt zur Normalität geworden. In diesem Punkt geht es um die Flüchtlingskrise von 2015, die ja angeblich ganz unvorhergesehen über den Budapester Bahnhof nach Deutschland gekommen sei und die dann nur über anhaltende Grenzöffnungen zu bewerkstelligen wäre. Eine Rechtsgrundlage dafür verneinen ja höchste Staatsrechtler. Diese Rechtsgrundlage für die Grenzöffnung von Frau Merkel, die gibt es nicht. Trotzdem wird auf diese Weise durchregiert.

Also der Verfassungsbruch ist bei der Regierung Merkel die neue Normalität. Da sage nicht nur ich, sondern bestätigen auch verschiedene hohe Staatsrechtler, die auch alle in meinem Buch zu Wort kommen und darin auch mit Quellenverweisen verlinkt sind.

Was ich noch Ende 2019 ins Buch aufgenommen habe, ist das Papier vom Bundesinnenministerium, in dem vor diesen Verhältnissen, wie wir sie im Jahr 2015 erlebt haben, gewarnt wurde. Darin wurde genau gesagt, wie haben auf der Flüchtlingsroute sowieso so und so viele Flüchtlinge. Das war noch vor der Grenzöffnung. Das Bundeskriminalamt (BKA) und der Bundesnachrichtendienst (BND) haben in jedem Land in jeder Hauptstadt Auslandsresidenzen. Und es gibt Frontex und die verschiedenen amerikanischen Geheimdienste, die allesamt natürlich wissen, wo die Flüchtlingsboote sind und diese überwachen. Sie wissen auch genau, welche islamischen Milizen das ausnutzen, wer dabei Geld verdient und wo die Schlepperorganisationen sind. Das ist ihnen alles bekannt.

Diese Flüchtlingszunahme wird politisch geduldet. Das ist ja bekannt. Und die nächste Flüchtlingskrise ist abzusehen. Jetzt warten gerade wieder 1 Million Migranten in Libyen auf den Sprung nach Europa. Die Balkanroute fängt auch wieder an, sich zu füllen. Das ist alles bekannt, und es wird NICHT gehandelt.

Es gibt noch andere hohe Polizeibeamte, die mir gesagt haben:

„Herr Schubert, es gibt keinen Plan B. Das bedeutet, wenn wieder diese Menschenmassen kommen, wird genau das Gleiche passieren wie im Jahr 2015. Die Politik behindert die Polizei.“

Ein Drittel der Asylbewerber kommt mit dem Flugzeug. Man könnte das selbstverständlich innerhalb von 24 Stunden stoppen. Und man könnte die Fluggesellschaften dazu verpflichten, darauf zu achten, wer da in die Flugzeuge steigt. Es wird nicht getan. Das bedeutet, dass das alles politisch gewollt ist. Und der springende Punkt ist, dass es für die Einreise der Asylbewerber KEINE RECHTSGRUNDLAGE gibt.

„Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland Art 16a

(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.

(2) **Auf Absatz 1 kann sich NICHT berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist.** Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.

(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, dass dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, dass ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, dass er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.

(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.

(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein

muss, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.“

Das bedeutet, dass jemand, der aus einem anderen EU-Staat oder einem sicheren Drittstaat kommt, KEIN Anrecht auf ein Asylverfahren hat. Wenn man sich die Weltkarte anschaut, da liegen zwischen Afrika und Afghanistan ein Dutzend Länder. Das bedeutet, dass die Leute schon im Nachbarland nicht mehr in Lebensgefahr sind. Man kann zwar die Armuts- und Wirtschaftsflüchtlinge verstehen; aber es gibt in Deutschland das Grundgesetz, das auch für die Regierung Merkel gilt. Doch es wird permanent gebrochen.

Und die Medien, die angeblich vierte Gewalt und Kontroll-Instanz dieses Staates, kritisieren das nicht etwa, sondern sie bejubeln das auch noch. Und jeder, der sich daran stört und das kritisiert, wird diffamiert, ausgegrenzt, dessen Konten werden gesperrt, und seine Beiträge werden auf YouTube gelöscht usw.

Oliver Janich:

Ich hoffe, dass wir nicht schon dafür gelöscht werden, dass du hier diese ungeheure Zahlen nennst und in einem Punkt deines Buches sagst: „**Seit Grenzöffnung 2 645 Verfahren zu islamistischen Terror**“. Und es sind jetzt schon möglicherweise seit Drucklegung des Buches wieder mehr.

Stefan Schubert:

Das war die aktuelle Zahl von 2015-2019. Ich habe dazu der Pressestelle der Generalbundesanwaltschaft die einfache Frage nach den Terrorverfahren gestellt – dem islamistischen, dem linksextremistischen und dem rechtsextremistischen Terror. Da erwartet man, als Journalist, eigentlich drei Zahlen als Antwort. Die kommt aber nicht. Ich habe dann einen Anruf aus Karlsruhe vom Leiter oder Stellvertreter der Pressestelle bekommen, der mir dann mit viel Drum und Dran die Zahl der islamistischen Terrorverfahren nannte. Die Fälle von Links- oder Rechtsextremismus wollte er mir aber nicht nennen. Als Begründung dafür gab er an:

„Ich möchte keinen Hinweis über die Überwachungsintensität dieser Extremismus-Felder liefern.“

Das ist natürlich absoluter Blödsinn, weil die Pressestelle spätestens bei einer parlamentarischen Anfrage, die auch regelmäßig entweder von der AfD- oder von der Linken-Partei kommt, darauf antworten muss. Die Pressestelle ist dazu verpflichtet, darauf öffentlich zu antworten.

Daran sieht man ganz deutlich, dass journalistische Arbeit, die nicht regierungskonform ist, behindert wird.

Oliver Janich:

Man will wohl verhindern, dass man an den Zahlen sieht, dass es viel weniger rechtsextremistischen Terror gibt als die Zeitungen suggerieren. Ich nehme an, das dürfte ein Motiv sein.

Stefan Schubert:

Ich habe die Zahlen von 2019 ja inzwischen recherchiert.

- Da wurden insgesamt 663 Terror-Verfahren eingeleitet
- Davon waren 400 Fälle islamistischer Terror
- Davon waren 240 Fälle Ausländer-Terrorismus, also internationaler Terrorismus, ohne islamischen Bezug, wie zum Beispiel von der Arbeiterpartei Kurdistans PKK usw.
- Und 23 Fälle waren rechtsextremistische Terror-Verfahren

An diesen Zahlen sieht man, woher die größte Bedrohung im Land kommt. Man soll den Rechtsextremismus selbstverständlich nicht verharmlosen. Wir lehnen ja alle Gewalt ab und möchten den Rechtsextremismus nicht bagatellisieren.

Wenn aber hierzulande sechs Leute auf einer Facebook-Seite oder per Whatsapp sagen: „Wir müssen im Land etwas ändern“, wird bei ihnen eine Hausdurchsuchung gemacht. Und wenn man dann bei ihnen zwei Gummiknüppel, die man in jedem Baumarkt kaufen kann und ein Luftdruckgewehr, wie es sie auf jedem Kindergeburtstag gibt, findet, bekommen sie ein Terror-Verfahren an den Hals.

Oliver Janich:

Ist es tatsächlich so, dass wenn Facebook-Gruppen sagen: „Wir müssen etwas tun“, dies schon als Terror-Verfahren gilt?

Stefan Schubert:

Ja, das war bei Facebook-Gruppen der Fall, die in den Chat-Rooms nicht nur geschrieben haben: „Wir müssen was tun“, sondern in diesem Zusammenhang auch über Gewalt gesprochen und gesagt haben: „Wir müssen da ein Zeichen setzen“.

Vor 20 Jahren hätte man so etwas als dummes Stammtisch-Gerede abgetan. Da haben sie in der Kneipe auch gesagt: „Also wenn ich den Kohl mal treffe, wenn ich den mal erwische, dann ...“ Doch wenn eine Person so etwas in der Art heute sagen würde, müsste sie schon Angst haben, dass ihr das Spezialeinsatzkommando (SEK) die Tür einbricht.

Man sieht nun ganz explizit, dass für die Bekämpfung der so genannten „Rechten

Gefahr“ jetzt Millionen-Gelder in den staatlichen Regressions-Apparat (ins Militär und in den Geheimdienst) fließen. Dadurch wird er immer weiter aufgebaut, um die Corona-Leute als Rechtsextreme zu diffamieren und die Regierungsoption niedrig zu halten, während die islamistische Terrorgefahr stets negiert und über deren Ursache und über die zur Gewalt aufrufenden Verse im Koran niemals gesprochen wird.

Daran sieht man, dass die Regierung gar nicht mehr den Schutz der Bevölkerung im Sinn hat, sondern nur noch ihre eigene politische Agenda durchdrückt, wobei wir wieder bei einem Merkmal von einem totalitären Staatsgebilde sind.

Stefan Schubert?

Und wie viele linksextremistische Terror-Verfahren gibt es?

Stefan Schubert:

Ich habe kein einziges gefunden.

Oliver Janich:

Aber da könnte ich dir ja schon aus der Beobachtung des Mainstreams zig Fälle nennen. Es gibt ja diese Indymedia-Webseiten, in denen regelmäßig direkt und öffentlich zu Gewalt aufgerufen wird. Das müsste dann ja jedes Mal ein Terror-Verfahren ergeben.

Stefan Schubert:

Sie bekennen sich sogar hinterher zu ihren terroristischen Anschlägen und sagen: „Wir haben diese Bullen-Schweine angegriffen. Ein Bulle ist kein Mensch. Der darf getötet werden.“ Und Dinge wie: „Jeder, der in der Immobilien-Wirtschaft arbeitet, ist ein legitimes Ziel. Jeder Nazi ist ein Ziel.“ Das steht da alles, und es ist öffentlich zugänglich. Aber da gibt es keinerlei Terror-Verfahren.

Man hat das ja an den G20-Krawallen in Hamburg gesehen, wo ein ganzer Stadtteil in Schutt und Asche gelegt worden ist. Da stehen jetzt 3 oder 4 Leute vor Gericht, und das war's. Es ist so lächerlich, wenn man hört: „Die Täter wurden mit der ganzen Härte des Rechtsstaates bestraft“. Diese Behauptung ist zur Lachnummer verkommen.

Das sah man auch beim Kölner Sex-Mob. Da gab es so gut wie keine Verurteilungen. Man hat es bei den Krawallen in Stuttgart und Frankfurt gesehen. Da kann man die Uhr nach stellen, dass da ebenfalls nicht viel dabei herauskommt.

Aber die CDU, die sich ganz früher einmal für die innere Sicherheit eingesetzt hatte, fordert jetzt nach der großen Demonstration vom 1. August 2020 in Berlin durch

Armin_Schuster, das Demonstrations-Recht einzuschränken oder sogar vollkommen abzuschaffen.

Oliver Janich:

Was für ein Amt hat Armin Schuster da gerade?

Stefan Schubert:

Er ist innenpolitischer Sprecher der CDU. Sein Steckenpferd ist die innere Sicherheit. Möglicherweise könnte er Innenminister werden. Herr Seehofer ist ja so um die 70 Jahre alt. Wenn solche Leute an die Macht kommen, dann kann man sich vorstellen, wie es dann um die Demonstrations- und Meinungsfreiheit in unserem Land bestellt sein wird.

FORTSETZUNG FOLGT

Mach mit beim <http://endzeit-reporter.org/projekt/!>*

Bitte beachte auch den Beitrag [In-eigener-Sache](#)